



Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima

Für Nachhaltigkeit
statt Militarisation

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung: Krieg tötet Menschen und Umwelt	6
1. Ziviler und militärischer Atomausstieg gehören zusammen	10
2. Klimawandel führt zu Konflikten, Flucht und Migration	12
3. Militarisierung ermöglicht globale Ressourcenverschwendung	15
4. Militär ist (noch) ein blinder Fleck in der Klimaschutzpolitik	19
5. Bundeswehreinätze verhindern globale Nachhaltigkeit	25
6. Bundeswehr und Umweltschutz gehören nicht zusammen	28
7. Rüstungsausgaben verhindern die sozial-ökologische Wende	33
Fazit	35
Anhang: Grundbegriffe und Definitionen	36
Quellenverweise und weitere Infos	38

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Alexander S. Neu, Hubertus Zdebel
Redaktion: Karl-Heinz Peil
Redaktionsschluss: Februar 2020
Bildnachweise, soweit nicht angegeben: Wikipedia (gemeinfrei)
Titelseite: Grafik mit Foto von Tobias Nordhausen (CC BY-NC-SA 2.0)
Layout/Druck: Fraktionservice

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort

Das Überleben der Menschheit ist in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durch militärische Aufrüstung und den Klimawandel doppelt bedroht. Beides hängt eng zusammen. Gegen militärische Aufrüstung muss eine generelle Abrüstung eingefordert werden. Ohne diese werden auch die Ressourcen fehlen, um die notwendige sozial-ökologische Wende zur Bekämpfung des Klimawandels und anderer Umweltkatastrophen auf den Weg zu bringen. Doch das Militär entzieht nicht nur mit der irrwitzigen Aufrüstung existenziell notwendige Ressourcen, sondern ist gleichzeitig auch ein Hauptverursacher der Belastungen für Umwelt und Klima, wie in der vorliegenden Broschüre dargestellt wird.

Dabei geht es auch um die globalen Nachhaltigkeitsziele, die als Agenda 2030 von allen Mitgliedsstaaten der UNO einstimmig beschlossen wurden. Diese beinhalten messbare Kenngrößen und Bewertungsmaßstäbe für die weltweite Entwicklung und auch für die einzelnen Mitgliedsländer. Dass hierbei derzeit mehr Rück- als Fortschritte zu verzeichnen sind, hängt auch wesentlich mit der zunehmenden Militarisierung der internationalen Politik zusammen, wobei Deutschland mit den stark ansteigenden Ausgaben für die Bundeswehr eine immer wichtigere Rolle spielt.

Mit der vorliegenden Broschüre wird die Rolle des Militärs und insbesondere der Bundeswehr in Bezug auf Umwelt- und Klimaprobleme sowie ökologischer Nachhaltigkeit dargestellt, zusammen mit bisherigen Aktivitäten und Positionierungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Damit sollen drängende Fragen beantwortet werden: In welchem Zusammenhang stehen diese beiden Menschheitsbedrohungen und welchen Bezug haben diese zu sozialen Fragen – sowohl global als auch national?

Dr. Alexander S. Neu, *Obmann
im Verteidigungsausschuss und
Osteuropabeauftragter der
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*

Hubertus Zebel, *Mitglied im
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit*

Einleitung: Krieg tötet Menschen und Umwelt



Kriege haben massenhafte Menschenopfer durch die unmittelbaren Kampfhandlungen zum Resultat. Das allein ist Grund genug, um Kriege kategorisch abzulehnen. Ihre Folgen reichen jedoch noch weiter. Die gewaltigen Kriegsmaschinerien des 20. Jahrhunderts ermöglichten ebenso die massenhafte Zerstörung von Gebäuden und ziviler Infrastruktur. Der für den zivilen Wiederaufbau notwendige Einsatz von Baumaterialien erzeugt einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck, was in der Gesamtbilanz von kriegerischen Konflikten kaum berücksichtigt wird. Die Umwelt wurde in der Geschichte immer wieder für kriegerische Zwecke manipuliert und zerstört. Felder wurden verbrannt, Gewässer vergiftet und Land unbrauchbar gemacht, um der Bevölkerung und gegnerischen Truppen die Existenzgrundlage zu entziehen. In zunehmenden Maße kommt es bei Kriegen direkt oder indirekt auch zur Schädigung natürlicher Ökosysteme. Der Gaskrieg des Ersten Weltkriegs tötete 100 000 Menschen und vergiftete große Landstriche. Gewaltige Zerstörungen verursachte der 2. Weltkrieg mit Flächenbombardements, Schiffswracks und Verminung von Land und Ozeanen. Rüstungsproduktion und Rüstungsprodukte kontaminierten Meeres- und Landökosysteme und hinterließen für Jahrzehnte schwere Schäden in der Natur.

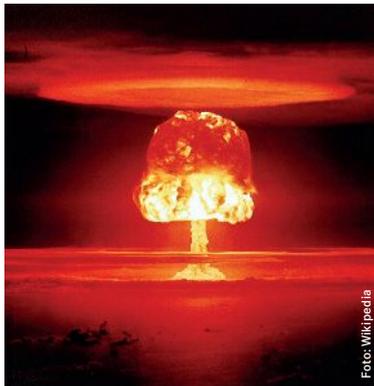
Viele Waffeneinsätze haben zudem Langzeitwirkungen für die menschliche Gesundheit durch Schadstoffe, die sich im Trinkwasser und der Nahrungskette anreichern.



Screenshot aus der ARD-Dokumentation »Bomben im Meer«, der die Verklappung von Munitionsbeständen 1945 zeigt. Der Film macht deutlich: Immer mehr Bomben werden durchrosten und ihren gefährlichen Inhalt freisetzen. Etwa 1,6 Millionen Tonnen Munition und chemische Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg liegen immer noch auf dem Grund von Nord- und Ostsee.

Atomwaffen: Umweltverseuchung mit Langzeitwirkung

Für viele Wissenschaftler gilt die erste Atombombenexplosion 1945 als Eintritt in das neue Erdzeitalter Anthropozän. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren der erste Massenmord der Geschichte durch einzelne Bombenabwürfe mit unmittelbar mehr als 100 000 Toten. Als Langzeitwirkung der radioaktiv verseuchten Orte starben über die Jahrzehnte hinweg weitere Hunderttausende nach qualvollen Erkrankungen.



US-Atomwaffentest im Pazifik 1954

Der Einsatz auch nur eines kleinen Bruchteils der heutigen atomaren Waffenarsenale, die offiziell der »Abschreckung« dienen

sollen, würde nach Meinung von Wissenschaftlern eine sofortige Klimakatastrophe («atomarer Winter») auslösen und zum Untergang der gesamten Menschheit führen.¹ Die seitdem erfolgte Freisetzung von Radioaktivität wird auf natürlichem Wege durch die Halbwertszeit radioaktiver Elemente teilweise erst nach Millionen Jahren wieder deutlich reduziert. Durch die zahlreichen Atomwaffentests in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist z. B. die Tiefsee im Pazifik nicht nur durch Plastikteile, sondern auch durch Radioaktivität vermüllt.

Uranmunition: Tödliche Mikropartikel dringen in die Blutbahn



sichergestellte abgereicherte Uranmunition der US-Armee im Militär Museum Belgrad

In den Kriegen der US-geführten Koalition gegen den Irak 1991 und 2003 sowie im NATO-Krieg gegen Jugoslawien wurde Uranmunition eingesetzt. Diese besteht aus metallischem Uran mit enormer Härte und Dichte, womit eine hohe Durchschlagskraft beim Auftreffen auf Ziele erreicht wird. Durch die hierbei auftretenden sehr hohen Temperaturen wird das Uran,

das aus nuklearem Abfall mit Rest-Radioaktivität besteht, in Mikropartikel zerstäubt und in die Umwelt breit verteilt. Bei Menschen dringen diese Partikel in die Blutbahn ein und rufen schwere genetische Schäden sowie Krebserkrankungen hervor. Dies ist aus den genannten Kriegsgebieten zwar gut dokumentiert, wird aber dennoch als eines der größten Kriegs- und Umweltverbrechen unserer Zeit bisher gut vertuscht. Angesichts der radioaktiven Halbwertszeit des abgereicherten Urans von 4,7 Milliarden Jahren (!) bestehen damit Umweltlasten für die Ewigkeit.

Chemiewaffen: Heute geächtet, aber mit Langzeitwirkungen in der Umwelt

Der Einsatz von Senfgas im Ersten Weltkrieg tötete 100 000 Menschen und vergiftete große Landstriche. Der Vietnam-Krieg in den 1960er Jahren des letzten Jahrhunderts war der erste Krieg, der sich gezielt gegen Natur und Umwelt richtete. Das US-Militär setzte großflächig das Entlaubungsmittel Agent Orange ein, um Wälder und Nutzpflanzen zu zerstören. Damit sollte die Nutzung



Foto: Wikipedia

Entlaubung von Urwäldern in Vietnam mit Agent Orange

des Dschungels als Versteck und gegnerische Nachschubroute unterbunden werden. Bei Millionen Menschen in Vietnam führte dies zu Erkrankungen und Todesfällen – bis heute kommen in Vietnam Kinder mit genetischen Schäden zur Welt.

Irak-Kriege: Extreme CO₂-Emissionen und dauerhafte Umweltschäden

Der Golfkrieg 1991 erwies sich als Umweltkatastrophe in schlimmster Ausprägung. Brennende Ölfelder, die von irakischen Truppen in Kuwait entzündet wurden, konnten erst nach neun Monaten vollständig gelöscht werden. Doch die eigentliche ökologische Katastrophe für den Irak war der massive Einsatz von Uranmunition, die im Irak-Krieg 2003 in noch wesentlich größerem Umfang verwendet wurde.

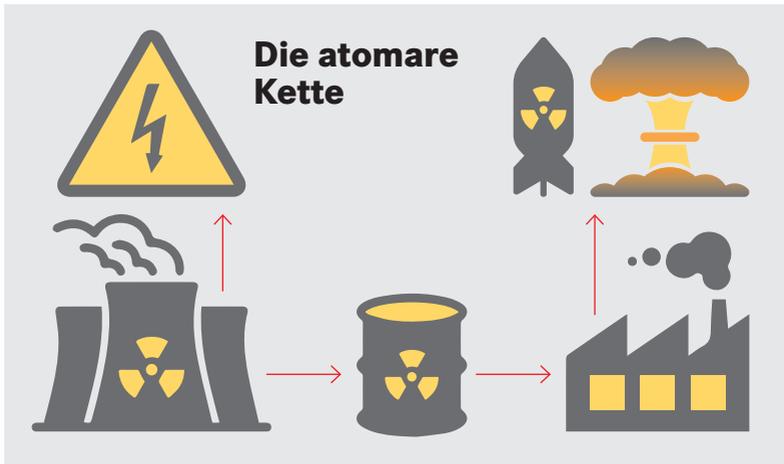
In der Region von Basra, wo eine besonders hohe Konzentration an abgereichertem Uran gemessen wurde, gibt es seitdem eine Vervielfachung von genetischen Schäden bei Neugeborenen. Da Pflanzen und Tiere ebenfalls die Uranpartikel absorbieren, werden diese – einmal im Boden und im Trinkwasser gelandet – zu einem langfristigen Teil der Nahrungskette.



Foto: Wikipedia/gemeinfrei

Kampfjets der US Air Force über brennenden Ölfeldern im Irak 1991.

1. Ziviler und militärischer Atomausstieg gehören zusammen



Trotz des in Deutschland beschlossenen und in der Umsetzung befindlichen Atomausstiegs muss angesichts von aktuellen Debatten immer wieder festgehalten werden: Vom Uranbergbau über die Anreicherung, die Brennstabfertigung, die Risiken der Atomkraftwerke bis hin zum Ewigkeitsproblem des Atommülls ist Atomenergie weder sicher, noch wirtschaftlich, noch sauber. Stattdessen bremst sie den Ausbau einer nachhaltigen Energiewirtschaft aus und dient zur Aufrechterhaltung militärischer Atomwaffenkapazitäten.

Atommüll: Planetarische Lasten für die Ewigkeit

Der nördliche Teil des Pazifiks wird immer noch durch radioaktive Spaltprodukte aus den 2011 erfolgten Kernschmelzen der Atomkraftwerke in Fukushima vermüllt. Vor allem im südlichen Teil des Pazifiks wurden in der Mitte des 20. Jahrhunderts die meisten der insgesamt mehr als 500 oberirdischen Atomwaffentests durchgeführt. So lagert heute noch in einem Bunker auf den Marshall-Inseln US-Atommüll: 85 000 m² mit Plutonium-239, dessen Halbwertszeit 24 000 Jahre beträgt. Der Betondeckel aus den 1970er Jahren droht in absehbarer Zeit leck zu schlagen, womit auch durch verstärkte Tropenstürme und Überschwemmungen in Folge des Klimawandels der gesamte Pazifik verseucht werden kann.²

Kein Atomausstieg: Urananreicherung in Gronau

Im westfälischen Gronau erfolgt von der Firma URENCO Urananreicherung für militärisch genutzte Atommeiler in den USA. Diese produzieren daraus Tritium, das für die Herstellung von Atomwaffen notwendig ist. 2019 beschloss URENCO die Produktion von Uran mit einem Anreicherungsgrad von 19,75 Prozent. Ein Anreicherungsgrad ab 20 Prozent gilt als waffenfähig. Damit werden die Grauzonen einer zivil-militärischen Nutzung der Atomenergie deutlich größer.

Die URENCO als Urananreicherungsunternehmen unterliegt aber strengen internationalen Verträgen und ist ausschließlich der »friedlichen« Atomenergienutzung verpflichtet. Die Bundesregierung hält sich trotz wiederholter Kleiner Anfragen aus der Fraktion DIE LINKE bedeckt.

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Die Bundesregierung muss den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnen und durch den Bundestag ratifizieren lassen. Die Bundestagsresolution vom 25. März 2010 zum Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel muss umgesetzt und die atomare Teilhabe der Bundeswehr beendet werden. Zum bereits beschlossenen zivilen Atomausstieg muss die Schließung der Urananreicherungsanlage in Gronau gehören.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag sind z.B.:³

- Stilllegung der Uranfabriken Gronau und Lingen – Exportverbot für Kernbrennstoffe, BT-Drucksache 19/963 vom 27. 2. 2018
- Ausfuhr von Uran-Brennstoffen für den Betrieb störanfälliger Atomkraftwerke im Ausland stoppen, BT-Drucksache 18/11596 vom 21. 3. 2017

Antworten der Bundesregierung auf

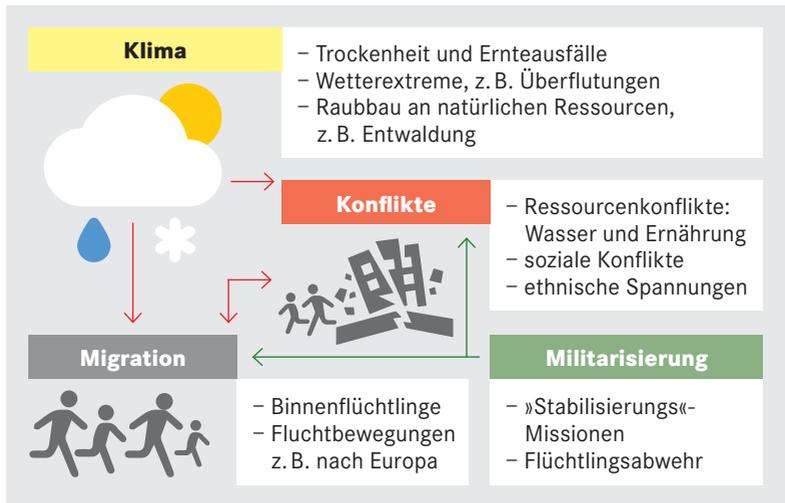
Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

- Verweigerung von Ausfuhrgenehmigungen für angereichertes

Uran, BT-Drucksache 18/9636 vom 15. 9. 2016 und BT-Drucksache 18/9747 vom 23. 9. 2016

■ Brennelementefabrik Lingen und AREVA, BT-Drucksache 18/3771 vom 19. 1. 2015

2. Klimawandel führt zu Konflikten, Flucht und Migration



Die voranschreitende Erderhitzung verschärft weltweit Spannungen, die bereits wegen sozialer Konflikte durch kapitalistische Ausbeutung bestehen. Der Kampf um schwindende natürliche Ressourcen zieht ebenfalls weltweit Konflikte und Kriege nach sich, wobei durch den Klimawandel vor allem die Trinkwasserversorgung zunehmend zum Hauptproblem wird.

Weltweite Fluchtbewegungen durch Krieg und Klimawandel

Bereits im Jahr 2007 wurde von dem »Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« (WBGU) unter der Überschrift »Sicherheitsrisiko Klimawandel« prognostiziert: Das Zeitfenster zur Vermeidung von Klimakonflikten ist nur noch bis 2020 offen. Werde dieses verpasst, seien »klimainduzierte Gesellschaftskrisen und Sicherheitsprobleme in den dann folgenden Jahrzehnten sehr wahrscheinlich.«⁴ Doch die damaligen

Expertenvorschläge haben keinen Eingang in die deutsche Politik gefunden. Insbesondere widersetzt sich die deutsche Politik einer strategischen Abkehr von »globaler Dominanz« zugunsten partnerschaftlicher Strukturen und favorisiert sogar zunehmend eine solche Politik als »neue deutsche Verantwortung«.

Klar ist: *Wird der Klimawandel nicht mit aller Konsequenz bekämpft, und werden seine unvermeidbaren Folgen nicht abgefedert, wird er weltweit zu neuen Konflikten beitragen. Umgekehrt trägt die Militarisierung der Außenpolitik selbst zu zusätzlichen Treibhausgasemissionen bei. Klimapolitik ist deshalb auch immer Friedenspolitik – genauso wie Abrüstung ein Mehr an Klimaschutz bedeutet.*

Was ist zu tun?

Armutsmotor und Fluchtursache Klimawandel bekämpfen: *Energiewende in Deutschland beschleunigen und Staaten im globalen Süden gezielt beim Umbau ihrer Energiesysteme sowie bei der Anpassung an nicht mehr vermeidbare Klimaänderungen unterstützen; die Bundesrepublik muss ihren Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung auf jährlich mindestens zehn Milliarden Euro aufstocken; **Flüchtenden helfen:** Erderhitzung als Fluchtursache anerkennen.*
(aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE)

Das Beispiel Mali und die Sahel-Zone

Die Bundeswehr ist in Mali in einem der ersten Klimakriege des 21. Jahrhunderts verwickelt. Was seit 2013 als »Stabilisierungsmission« bezeichnet wird, soll nach dem Willen der Bundesregierung sogar erheblich intensiviert werden. Die Hauptprobleme in Mali und der Sahel-Zone entstehen durch den fortschreitenden Klimawandel: Anhaltende Trockenheit in der Sahel-Zone reduziert immer mehr das noch verfügbare Acker- und Weideland, womit Konflikte zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern eskalieren. Doch statt ökologischer und wirtschaftlicher Hilfestellung lag der Schwerpunkt der europäischen Maßnahmen von Anfang an auf militärischem Gebiet. Dschihadistischen Gruppen ist es dennoch gelungen, ihren Operationsradius mit blutigen Anschlägen auf Zentralmali auszuweiten.

Fazit: Nicht nur die Wüste Sahara, sondern auch der (Klima-)Krieg schiebt sich in der Sahel-Zone immer mehr nach Süden vor. Dennoch wird der Bundeswehreinsatz in Mali als Kampf gegen den Terror und zur Abwehr von (Klima-)Flüchtlingen deklariert.

Statt Fluchtursache Klima werden Klimaflüchtlinge bekämpft

Das Flüchtlingsthema polarisiert seit Jahren die gesellschaftliche Debatte in Deutschland. Fluchtursachen sind zunehmend das Konglomerat aus Klimawandel und damit zusammenhängenden Konflikten. Für die Bundesregierung zählen aber die weltweiten Bundeswehreinräte im Bundeshaushalt zur »Fluchtursachenbekämpfung«. Sogar Trennungsgeld, Fahrtkostenzuschüsse sowie Umzugskostenvergütungen für Bundeswehrangehörige werden dabei eingerechnet. Mit Geld, das angeblich für Geflüchtete vorgesehen ist, werden stattdessen Kriege finanziert. Gleichzeitig fördern »flüchtlingsbezogene Belastungen des Bundeshaushaltes« auch rechtspopulistische Hetze, Rassismus und Gewalt.

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

- Wir sind für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Wir fordern erhöhte Ausgaben für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, auch im Sinne von ziviler Konfliktbearbeitung. Dazu gehört, dass die sich als untauglich erwiesenen Projekte einer zivil-militärischen Zusammenarbeit eingestellt werden.
- Wir sind gegen sogenannte Freihandelsverträge der EU, z. B. mit Ländern Westafrikas, die sich als Knebelverträge im Namen von »freiem Wettbewerb« erweisen und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder verhindern.
- Wir fordern die völkerrechtliche Verankerung des Status »Klimaflüchtling« entsprechend der Position des UN-Menschenrechtsausschusses und einen Stopp der militärischen Flüchtlingsabwehr.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

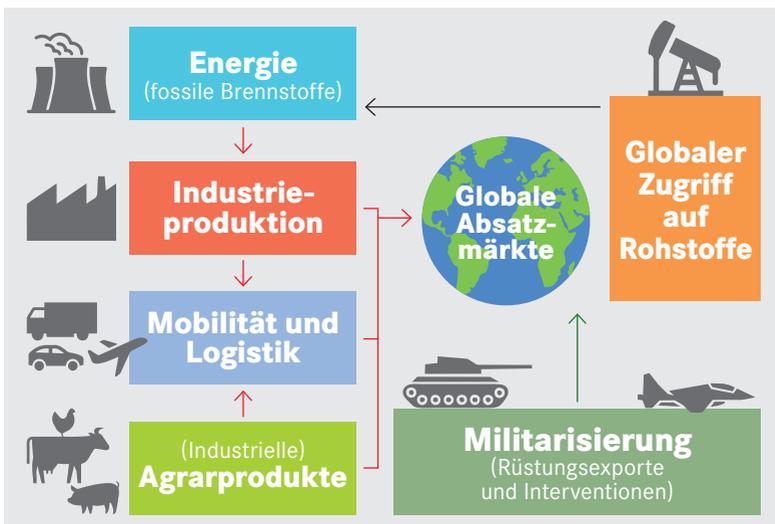
- Entschließungsantrag: »Klimagerechtigkeit global stärken – Energiewende und Kohleausstieg in Deutschland sozial gestalten« BT-Drucksache 19/6058 vom 28. 11. 2018
- Entschließungsantrag: »Pariser Weltklimavertrag auf der UN-Klimakonferenz in Marrakesch in Gang bringen – Dekarbonisierung in Deutschland beschleunigen« BT-Drucksache 18/10242 vom 8. 11. 2016

Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Klimawandel und Migration im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA-Region), BT-Drucksache 18/8868 vom 22. 6. 2016
- Engagement der Bundesregierung für mehr Rechte von Klimaflüchtlings, BT-Drucksache 18/1509 vom 20. 5. 2014

3. Militarisierung ermöglicht globale Ressourcenverschwendung

Der Klimawandel wird insbesondere befeuert durch die weltweite kapitalistische Produktionsweise und der neoliberalen Globalisierung. Industrielle Produktion, die Inflationierung des Verkehrswesens durch berufliche Zwangsmobilität und weltweite Billig-Logistik sind die größten, direkten Ursachen von Treibhausgas-Emissionen. Denn dies erfolgt nach wie vor dominierend auf der Grundlage von fossilen Brennstoffen für Energieerzeugung und Verbrennungsmotoren im Verkehrswesen. Globalisierte Absatzmärkte und der Zugriff auf Rohstoffe führen aber zu gesellschaftlichen Verwerfungen, die nur durch Androhung und teilweise auch Einsatz von militärischer Gewalt aufrecht erhalten werden können. Am deutlichsten wird das durch die etwa 800 Militärstützpunkte, welche die USA weltweit außerhalb ihres Territoriums unterhalten.



Die Industriestaaten mit ihrer militärischen Hochrüstung sind Hauptverursacher der Klimakrise. Unter ihr leiden Menschen in jenen Staaten am meisten, die vergleichsweise wenig Klimagase emittieren. Deshalb ist es eine Frage globaler Gerechtigkeit, dass erstere dem globalen Süden uneigennützig Unterstützung für den Umbau ihrer Wirtschaft auf regenerative Energiesysteme und für die Anpassung an den Klimawandel leisten. Stattdessen werden aber viele Länder des globalen Südens wirtschaftlich durch »Freihandelsverträge« ruiniert, einhergehend mit globaler Ressourcenverschwendung, die wiederum den Klimawandel befeuert.

Die konzerngetriebene Globalisierung sowie Krieg und Rüstung sind Klimakiller. Wir brauchen mehr regionale Produktion statt ungehemmten Freihandel, der Güter rund um den Globus schickt. (aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE)

Die EU ist unter deutscher Führung als globale Wirtschaftsmacht auch militärisch mit dabei. Im Weißbuch der Bundeswehr aus dem Jahr 2016⁵ heißt es mit Blick auf die Handelswege: Deutschland mit seinen Verbündeten und Partnern müsse flexibel Elemente seines außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen, um »Störungen oder Blockaden vorzubeugen oder diese zu beseitigen«. Das bedeutet: Immer öfter wird auch die Bundeswehr zum Instrument der Absicherung des Nachschubs von fossilen Brennstoffen und anderer Rohstoffe. Denn das »Geschäftsmodell« des »Exportweltmeisters« Deutschland basiert auf dem ungehinderten, globalen Zugang zu billigen Rohstoffen. Mit einem grundgesetzkonformen Verteidigungsauftrag hat die neue Ausrichtung der Bundeswehr als global agierende Interventionsarmee nichts mehr zu tun.

Die Bundeswehr wird damit auch zunehmend zum Machtmittel für die Erzwingung von Ressourcenverschwendung auf globalisierten Märkten. In der Konsequenz bedeutet das die Aufrechterhaltung einer Wirtschaftsweise, die auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und damit auch besonders klimaschädlich ist.

Das Beispiel Umweltschäden durch Ölförderung in Nigeria

Deutschland hat enge wirtschaftliche Beziehungen zu Nigeria, aufgrund dessen Rolle als Erdöllieferant. Die Umweltschäden durch die Ölförderung sind jedoch immens und zerstören die dortigen Lebensgrundlagen, wie Ackerbau und Fischfang. Die

durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen in dieser Region liegt bei knapp über 40 Jahren. Die Abfackelung von Erdgas macht Nigeria außerdem zu einem der weltweit größten CO₂-Emittenten. In der Folge haben sich im Norden Nigerias gewalttätige Konflikte entwickelt, auch mit islamistischen Dschihadisten. Außerdem nimmt im Golf von Guinea die Piraterie zu, was bereits zum Einsatz der deutschen Marine geführt hat.



Fregatte F222 Baden-Württemberg in Wilhelmshaven. Diese ist eine von vier Fregatten der Typreihe F-125, die zum Stückpreis von 750 Milliarden Euro von deutschen Werften gebaut wurde. Nach der Vergabe eines Milliardenauftrages für ein deutsches Mehrzweck-Kampfschiff an ein niederländisch geführtes Konsortium Anfang 2020 gab es einen heftigen Streit darüber, dass der Marine-Schiffbau als Schlüsseltechnologie gemäß Koalitionsvertrag in Deutschland erfolgen müsse.

Das Beispiel Rüstungsexporte

Auch für lukrative Rüstungsexporte in globale Absatzmärkte wird die EU-Militarisierung unter deutsch-französischer Führung forciert. Dazu müssen sich Abnehmerstaaten für den Import von Rüstungsgütern öffnen, angefangen von Kleinwaffen bis zu teuren Kampfpanzern, Fregatten und Kampfjets. Dabei schreckt die Bundesregierung trotz aller verbal gegenteiliger Absichtserklärungen auch nicht davor zurück, dass diese Waffen in Konfliktregionen bzw. an die dort beteiligten Staaten verkauft werden. Neue Rüstungsprojekte auf EU-Ebene werden auch als Bestandteil der Industrieförderung gesehen und mit dem Ziel verknüpft, teure Entwicklungskosten durch spätere Exporte gewinnbringend zu kompensieren.

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Wir fordern eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise im Sinne von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie – global und regional. Dieses beinhaltet als zentrales Element auch eine De-Militarisierung der Wirtschafts- und Außenpolitik, wozu u. a. gehören:

- Wir brauchen mehr regionale Produktion statt ungehemmten Freihandel, der Güter rund um den Globus schickt. Nur so können Ressourcenverschwendung mit Überschussproduktion und Verkehrsinflation beseitigt werden, um damit nicht den Klimawandel und Konflikte zu befeuern.
- Wir fordern mehr Geld für Wirtschaftszusammenarbeit zugunsten der Länder des globalen Südens, ohne Rohstoffausbeutung und dadurch verursachte Umweltschäden. Dies muss zu Lasten des Rüstungshaushaltes erfolgen.
- Wir fordern eine sozial-ökologische Konversion der Rüstungsindustrie, um auch immanente Zwänge zum Rüstungsexport zu beseitigen.
- Wir fordern einen außenpolitischen Wechsel, der »deutsche Verantwortung« nicht mit Machtambitionen und Führungsansprüchen verknüpft, sondern als globale Verantwortung für Klimagerechtigkeit und den Umstieg auf eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise versteht.

Parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Entschließungsantrag: »Rüstungsexporte stoppen – Missbrauch der europäischen Friedensidee verhindern«, BT-Drucksache 19/15048 vom 12. 11. 2019

Antworten der Bundesregierung auf

Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Unterstützung von ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Nigerdelta, BT-Drucksache 18/4324 vom 16. 3. 2015

4. Militär ist (noch) ein blinder Fleck in der Klimaschutzpolitik

Wenngleich die neoliberalen Regierungen vor allem durch die Militarisierung der internationalen Beziehungen die zur Bekämpfung des Klimawandels notwendige Kooperation verhindern und die den Klimawandel befeuernde globale Ressourcenverschwendung aufrecht erhalten, so ist doch das Militär selbst weltweit einer der großen Klimasünder.



Eurofighter (der Bundeswehr), der bisher seit 2003 mit einer Stückzahl von 565 gebaut wurde. Erstmals eingesetzt wurden diese im Krieg gegen Libyen 2011.

Militärische Treibhausgas-Emissionen: Nur unvollständig bekannt

Das 1997 beschlossene Kyoto-Abkommen zum globalen Klimaschutz legte erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Industrieländern fest. Obwohl die USA dieses später nie ratifiziert haben, konnten sie damals durchsetzen, dass für die seitdem geltenden jährlichen Berichtspflichten über nationale Treibhausgasemissionen beim Militär eine Ausnahme gemacht wird. Dennoch halten sich heute die meisten Staaten prinzipiell daran, in den Jahresberichten an die UNO zum Ausstoß von Treibhausgasen (National Inventory Report – NIR) auch die militärisch verursachten Treibhausgase zu

berichten. Dies erfolgt aber sehr lückenhaft, vor allem bei Auslandseinsätzen des Militärs. Das gilt auch für die Bundeswehr.

Treibhausgas-Betriebsgeheimnisse: Das Beispiel AWACS

Doch es geht nicht nur um den CO₂-Ausstoß. Das stärkste Treibhausgas überhaupt ist Schwefelhexafluorid (SF₆). Es wird u. a. in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen verwendet, die auf dem NATO-Flugplatz Geilenkirchen stationiert sind. Das Treibhausgas SF₆ dient als Isolationsmedium für das eingebaute Radar. Die laufenden Emissionen sind relativ hoch, da bei Aufstieg des Flugzeugs SF₆ zum Druckausgleich abgelassen wird.⁶ Von der Bundeswehr wird zwar der Verbrauch bei der Wartung am Boden erfasst und an das Umweltbundesamt gemeldet, jedoch als vertraulich deklariert.

US-Militär: Auch bei Treibhausgasen weltweit Spitzenreiter

Allein die US-Armee stößt jährlich mehr Treibhausgas aus als etwa Schweden oder Dänemark insgesamt. Wären die US-Streitkräfte ein Nationalstaat, wären sie der 47. größte Emittent von Treibhausgasen auf der Welt. 2017 kauften die USA für ihr Militär täglich rund 269 000 Barrel Öl und stießen allein durch die Verbrennung dieser Brennstoffe jeden Tag mehr als 25 Millionen Tonnen CO₂ aus.⁷ Der gewaltige Ausstoß an Treibhausgasen ergibt sich durch die permanente US-Kriegsführung vor allem im Mittleren Osten, aber auch durch die extrem aufwändige Versorgungslogistik für die weltweit 800 Militärbasen.

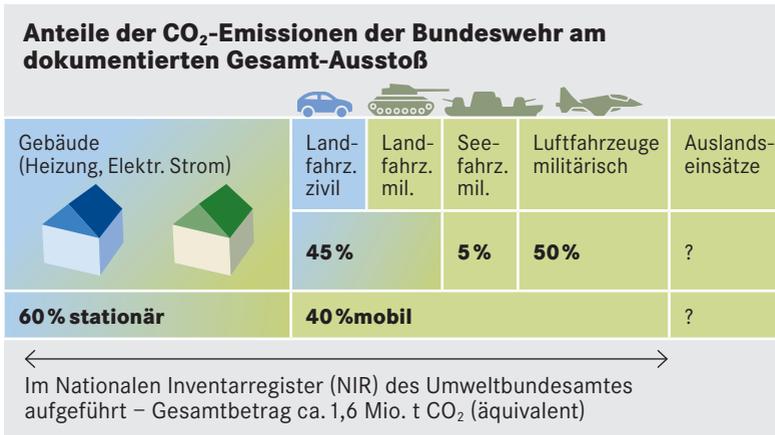
Warum verbraucht das Militär gewaltige Ressourcen?

Militärfahrzeuge sind ineffizient im Kraftstoffverbrauch, da meistens langjährig im Gebrauch und technisch veraltet. Beispiele hierfür sind:

- Ein Panzer Leopard 2 verbraucht im Gelände ca. 530 Liter und auf der Straße ca. 340 Liter Diesel auf 100 km.
- Der Kampfjet Tornado verbraucht zwischen 1 800 und 6 000 kg Kerosin pro Flugstunde. Bei dem Waffensystem Eurofighter gilt ein Durchschnittswert von 3 500 kg. 1 000 kg Kerosin verursachen mehr als drei Tonnen CO₂-Emissionen. (Siehe auch Erläuterungen im Anhang: Was ist eine Tonne CO₂?)

Für militärisch verursachte Emissionen gibt es keine Reduktionsziele. Bei der gelegentlich diskutierten Verwendung von »Bio-Dieseln«

handelt es sich nur um Nebelkerzen, da eine relevante Nutzung völlig utopisch wäre. Das Militär ist weltweit lediglich besorgt wegen Abhängigkeiten von fossilen Treibstoffen im Einsatzfall, nicht jedoch wegen deren Klimaschädlichkeit.



Ökologischer Fußabdruck der Rüstungsproduktion: unbekannt

Erheblich mehr Belastungen für Umwelt und Klima als im laufenden Betrieb – von Kriegseinsätzen abgesehen – verursacht die Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern. In den USA wird ca. 15 Prozent der Industrieproduktion für die Rüstung aufgewendet, mit entsprechenden ökologischen Belastungen. Innerhalb der EU wird unter deutsch-französischer Führung geplant, die Rüstungsproduktion mit gemeinsamen Projekten auf ein entsprechendes Niveau zu bringen. Dazu soll ab dem Jahr 2040 das von Deutschland und Frankreich geplante Future Combat Air System (FCAS) zusammen mit dem neuen Kampfpanzer MGCS an den Start gehen, das teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten auf EU-Ebene. Die bisher nur grob geschätzten Kosten bewegen sich bereits jetzt in schwindelerregender, dreistelliger Milliardenhöhe.⁸

Alte Rüstungssysteme: Laufende Kosten steigen rasant

Obwohl die Bundeswehr auf dem Boden einen effizienten zivilen Fuhrpark aufgebaut hat, werden gleichzeitig noch zehntausende von militärischen Alt-Fahrzeugen im Bestand geführt, deren Unterhalt bei zunehmendem Alter immer aufwändiger wird. Dieses gilt vor allem für Kampfjets, wovon die Bundeswehr derzeit über

insgesamt 228 Stück verfügt, darunter 143 »Eurofighter«. Der 1984 eingeführte »Tornado« hat in einer Stückzahl von insgesamt 85 Modellen zusätzliche Aufklärungsfunktionen. Während andere NATO-Länder ihn derzeit sukzessive abschaffen, soll er in der Bundeswehr noch über 20 Jahre beibehalten werden. »Tornados« sind aktuell dafür ausgerüstet, US-amerikanische Atombomben in Büchel aufzunehmen und ins Ziel zu führen. Die »Nukleare Teilhabe« der Bundeswehr ist damit nicht nur politisch gefährlich, sondern auch extrem kostspielig.

Lebenszykluskosten von Rüstungsgütern: Transparenz Fehlanzeige

Für Rüstungsgüter gibt es bei den meisten NATO-Staaten systematische Untersuchungen über den gesamten Ressourcenverbrauch, d. h. der Lebenszykluskosten von der Beschaffung, über den normalen Betrieb und der Instandhaltung bis zur Entsorgung, die teilweise auch parlamentarisch dargestellt werden. Dieses ist jedoch nicht gegenüber dem Verteidigungsausschuss im Bundestag der Fall.

Bundesregierung und BMVg sind wenig aussagefreudig, wenn es um die Bewertung der Lebenszykluskosten von etwa 90 Waffensystemen geht, für welche intern ein Monitoring erfolgt.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und BMVg-Nachhaltigkeitsberichte

Während andere Länder sogar für das Militär Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt haben, existiert derartiges beim deutschen Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) überhaupt nicht. Auf Regierungsebene gibt es auf Basis der Agenda 2030 eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, bei der aber die Bundeswehr praktisch völlig ausgeblendet wird, bzw. deren Rolle überhaupt nicht thematisiert wird. Die dort formulierten, anderweitigen Ziele bleiben weitestgehend ebenso schwammig wie das Ende 2019 verabschiedete »Klimapaket«.

Im Nachhaltigkeitsbericht 2018 des BMVg wird sehr intensiv auf die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 verwiesen. So äußert sich im Vorwort die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dass »der Nachhaltigkeit auch im internen Verwaltungshandeln des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr dauerhaft eine bedeutende Rolle zukommt«.

In den einzelnen Kapiteln des Nachhaltigkeitsberichtes finden sich jedoch nur Nebensächlichkeiten und keinerlei Zielsetzungen für die Nachhaltigkeit der Bundeswehr als größten CO₂-Verursacher aller Bundesbehörden. Einzige Ausnahme: Die Verwendung von Recyclingpapier in der Verwaltung. Die seit 2012 zweijährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsberichte des BMVg sind generell nur eine Ansammlung von Nichtigkeiten ohne Bezug zum »Kerngeschäft« der Bundeswehr.⁹

Andere NATO-Staaten wie z. B. Großbritannien und Dänemark liefern zumindest jährlich Zahlen über die militärisch verursachten Treibhausgase, aufgeschlüsselt nach stationären Kosten (Gebäude und Infrastruktur) sowie durch die Mobilität verursacht, auch wenn diese Daten aufgrund militärischer Operationen mehr oder weniger nur lückenhaft bereit gestellt werden. In Deutschland ist eine solche Transparenz seitens des BMVg jedoch noch eine völlige Fehlanzeige, wie die Antworten auf Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE gezeigt haben.

264 Standorte der Bundeswehr mit ca. 1 560 Liegenschaften und ca. 34 000 Gebäuden



Deutschland: **1,7 Mio. Photovoltaikanlagen** installiert (Stand 2018). Pro Photovoltaikanlage werden statistisch 16,5 t CO₂ eingespart.

Bundeswehr gemäß BMVg-Nachhaltigkeitsberichte:
CO₂-Emissionen aus Gebäudebetrieb jährlich 1 Mio. t



Quelle: Nachhaltigkeitsberichte des BMVg (2014 und 2018), Fraunhofer ISE (2020), BSW Solar (2019)

Bundeswehr: Größter CO₂-Verursacher unter allen Bundes-Institutionen

Das Ende 2019 beschlossene »Klimapaket« der Bundesregierung ist nicht nur völlig unzureichend bezüglich der Reduzierung von Treibhausgasen, sondern es wird dabei auch die Bundeswehr außen vor

gelassen. Mit 250 000 militärischen und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist diese mit Abstand größte Institution auf Bundesebene auch der größte Verursacher von Treibhausgasen unter Regierungsverantwortung. Zum Vergleich: In den USA liegt dieser Anteil zwischen 77 und 80 Prozent, in Kanada über 60 Prozent.¹⁰ Für Deutschland gibt es nach Auskunft der Bundesregierung keine verfügbaren Zahlen. DIE LINKE geht aber davon aus, dass bei uns der Anteil ebenso wie bei Kanada über 60 Prozent liegt.

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Was ist zu tun?

Transparenz schaffen: Die Klimafolgen des Militärs und der Rüstungsproduktion dürfen weder aus der Klimaschutzgesetzgebung noch aus der Klimaberichterstattung ausgeklammert werden. (aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE)

Wir fordern, dass der gesamte Ressourcenverbrauch, einschließlich von Wasser und Abfallmengen, entsprechend der Standards dargestellt werden, die bereits in anderen NATO-Ländern üblich sind. Die dabei entstehenden Treibhausgasemissionen müssen umfassend und nicht selektiv ausgewiesen werden. Auf dieser Basis können auch für die Bundeswehr bzw. das Verteidigungsministerium Reduktionsziele für Treibhausgase und anderweitige Ressourceneinsparungen eingefordert werden. Hierbei können »Best Practice«-Ziele anderer NATO-Länder herangezogen werden. Nur so ist auch eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie glaubwürdig.

Die Ausblendung der CO₂-Emissionen von Rüstungsgütern bei deutschen Klimaschutzziele muss ein Ende haben.

Antworten der Bundesregierung auf

Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- CO₂-Emissionen der Bundeswehr und Reduktionsziele sowie deren Darstellung in den Nachhaltigkeitsberichten des Bundesministeriums der Verteidigung, BT-Drucksache 19/15666 vom 3. 12. 2019
- Das Militär und der Klimawandel – Die ökologischen Kosten der Bundeswehr, BT-Drucksache 19/15249 vom 15. 11. 2019
- Lebenszykluskosten von Rüstungsgütern der Bundeswehr, BT-Drucksache 19/15104 vom 13. 11. 2019
- Klimabilanz und Kosten des taktischen Luftwaffengeschwaders 74

– ehemals Neuburger Jagdgeschwader 74, BT-Drucksache 19/4381 vom 19. 9. 2018

■ Tornado-Abstürze am Atomwaffenstandort Büchel, BT-Drucksache 18/5765 vom 13. 8. 2015

5. Bundeswehreinätze verhindern globale Nachhaltigkeit



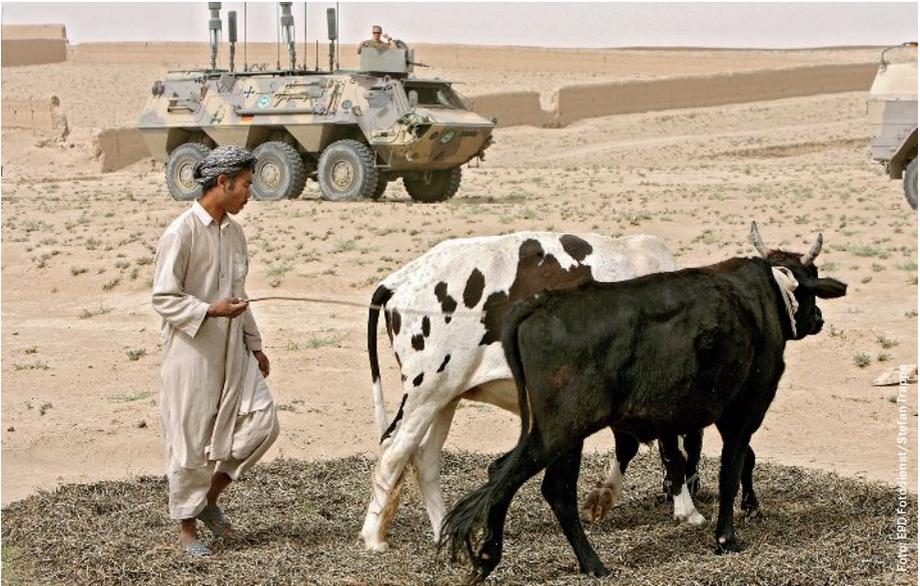
Die fünf Hauptziele Gesundheit, Bildung, Trinkwasser und sanitäre Versorgung, bezahlbare und saubere Energie und Klimaschutz der Agenda 2030 hängen in Konfliktregionen von Ziel 16 (Frieden) ab. Siehe zu dem Nachhaltigkeitsbegriff auch die Hinweise im Anhang.

Gemäß den Kriterien der Agenda 2030 für Nachhaltigkeit lässt sich zumindest anhand der wichtigsten Bundeswehr-Auslandseinsätze feststellen, dass dort keine Problemlösungen in Verbindung mit anderen NATO- bzw. EU-Partnern erfolgt sind. Das gilt insbesondere für Afghanistan, die südserbische Provinz Kosovo und Mali, als bisher wichtigste Länder mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Allen Einsätzen gemeinsam ist, dass die politischen Ziele unscharf definiert sind – wenn überhaupt.

Das von Serbien 1999 zwangsweise abgespaltene Kosovo gilt bis heute als hochgradig korrupt, beherrscht von der albanischen

Mafia und meilenweit von Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung entfernt.

In Mali hat die seit 2013 erfolgende, kriegेरische »Stabilisierung« bisher keinen Erfolg gebracht. Die gesamte Region, inklusive der Nachbarstaaten, gilt heute als andauernd destabilisiert und eine Ausweitung des Bundeswehreinsatzes wird ungeachtet der bisherigen Wirkungslosigkeit von der Bundesregierung angestrebt.



Bundeswehr-Patrouille in Kundus (Afghanistan) 2008

Das Beispiel Afghanistan

Es ist allgemein anerkannt, dass mit einem Bruchteil von Militärausgaben in Entwicklungsländern grundlegende Fortschritte zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele erreichbar wären. Der Krieg in Afghanistan seit 2001 hat dort zu dramatischen Menschenopfern und Umweltzerstörungen durch Bombeneinsätze geführt und ist bis heute mit gewaltigen Militärausgaben vor allem seitens der USA verbunden. Dies gilt aber auch für die andauernde Bundeswehrpräsenz. Bei der vorausgegangenen ISAF-Mission (bis 2013) wurden allein für die deutsche Beteiligung in den Jahren 2002 bis 2009 offiziell insgesamt 3,6 Milliarden Euro als einsatzbedingte Zusatzausgaben der Bundeswehr ausgegeben. Bezüglich des zivilen (Wieder-)Aufbaus wurden seitens der USA sogar nach

einer Ermittlung der obersten US-Rechnungsbehörde mehr als 15 Milliarden US-Dollar im Zeitraum von elf Jahren in sinnlose Projekte gesteckt. Die Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE Ende 2019 hat gezeigt: Nach Ende der ISAF-Mission 2013 wurden die Mittel für zivile Entwicklung ebenso wenig aufgestockt wie die damit verbundene, fragwürdige zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC). Vielmehr steigen nach mehr als 18 Jahren militärischer Präsenz wieder die Kosten des Bundeswehreinsatzes in diesem Land.

Fazit: Greifbare politische Ziele für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr fehlen, während die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in diesem Land trotz gigantischer finanzieller Ressourceneinsätze völlig verfehlt werden.

Wir stellen uns der rasanten Militarisierung der Außenpolitik konsequent entgegen. Abrüsten statt aufrüsten ist das Gebot der Stunde – auch und vor allem, weil die vielen Milliarden gebraucht werden, um Klima-Ungerechtigkeiten und Umweltschäden im globalen Süden zu beheben. (aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE)

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Wir, bzw. die frühere PDS-Fraktion im Bundestag, haben von Anfang an gegen den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan gestimmt und diesbezügliche Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung unterstützt.

In mehreren parlamentarischen Anfragen haben wir seitdem Transparenz über die wahren Kosten und realen Wirkungen des Afghanistan-Einsatzes als bisher längsten und umfangreichsten Bundeswehreinsatz eingefordert. Die Antworten der Bundesregierung sind ein Offenbarungseid bezüglich der Förderung nachhaltiger Entwicklung in Ländern mit Bundeswehrpräsenz.

Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

- Kosten der militärischen Intervention in Afghanistan, BT-Drucksache 19/14225 vom 18.10.2019
- (Große Anfrage) Krieg in Afghanistan – Eine Bilanz, BT-Drucksache 18/4168 vom 27.2.2015

6. Bundeswehr und Umweltschutz gehören nicht zusammen



Bundeswehr-Vorführung »Der Panzerzug im Angriff« beim Tag der offenen Tür am 28. September 2019 im thüringischen Bad Frankenhausen.

»Bundeswehr und Umweltschutz gehören zusammen«. So war es zeitweise auf der Homepage des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen zu lesen, das mit ca. 3000 Mitarbeitern beim BMVg angesiedelt ist. Truppenübungsplätze werden von der Bundeswehr vor allem in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg als Oasen des Naturschutzes ausgewiesen. Für bestimmte Ökosysteme von Flora und Fauna bieten Truppenübungsplätze durchaus einen geschützten Raum, der auf intensiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr möglich ist. Allerdings gilt das nur, wenn es mit militärischen Erfordernissen in Einklang zu bringen ist.

Das Beispiel Moorbrand bei Meppen

Moorgebiete binden in besonderem Maße Kohlenstoff, womit deren Existenz zu den wirksamsten Klimaschutzmaßnahmen gehört. Am 3. September 2018 wurde auf dem ca. 1000 ha großen Übungsgelände im niedersächsischen Meppen bei einer Helikopter-Raketenübung ein Moorbrand mit verheerenden Folgen ausgelöst, auch wegen der dadurch erfolgten, gigantischen CO₂-Emissionen.

Das Feuer brannte über einen Monat lang und erforderte in Spitzenzeiten den Einsatz von täglich bis zu 1700 Einsatzkräften. Nach Schätzungen des Naturschutzbundes (Nabu) Niedersachsen wurden ca. 500 000 t CO₂ freigesetzt. Zugleich wird bezweifelt, dass das Ökosystem dieser besonders schutzwürdigen Moorlandschaft regeneriert werden kann.¹¹

Naturschutz heißt nicht Umweltschutz

Der ohnehin beschränkte Naturschutz bei Truppenübungsplätzen kann nicht losgelöst vom Umweltschutz gesehen werden. Der militärische Übungsbetrieb ist stets verbunden mit Belastungen für natürliche Lebensgrundlagen und Gesundheit von Menschen. Neben den Treibhausgasemissionen entstehen Umweltbelastungen und andere Folgekosten, die nur schwer greifbar sind. Beispielfhaft dafür stehen:

- Militärischer Fluglärm, insbesondere von Kampfjets, ist nicht nur eine Belästigung, sondern mit erheblichen Gesundheitsschäden verbunden.
- Die zivile Infrastruktur wird bei Manövern und Transporten extrem beansprucht.
- Schadstoffeinträge auf Truppenübungsplätzen und Militärbasen erfordern für den Schutz des Grundwassers sichere Vorkehrungen und für Nachnutzungen sehr aufwändige Sanierungen.
- Militärische Alt-Standorte in Deutschland, die für die kommunale Entwicklung neuer Gewerbe- oder Wohngebiete benötigt würden, werden für die Logistik von Großmanövern und eventueller Wieder-Aufrüstung nicht freigegeben, wodurch umweltbelastend neue Flächenversiegelungen an anderer Stelle erforderlich werden.
- Übungen mit Luftbetankungen von Kampfjets führen ebenso zu Schadstoffemissionen wie Kerosinablässe von Transportmaschinen vor (Not-)Landungen. Dieses erfolgt vorzugsweise über Naturregionen wie z. B. dem Pfälzer Wald im Einzugsbereich der US Air Base Ramstein.

Schadstoffe in Boden und Wasser: Militärische Altlasten für die Ewigkeit

Als derzeit größtes Umweltproblem sowohl an vorhandenen wie auch stillgelegten Militärstandorten gilt die Belastung mit PFC (Perfluorierte Chemikalien). Bestimmte Arten dieser Chemikaliengruppe (PFOS) wurden vor allem bei Bundeswehr-Fliegerhorsten und US-Militärbasen im Löschschaum bei Feuerwehrübungen



Feuerlöschübung auf der US Air Base Ramstein. Hierbei wird Kerosin – in diesem Fall der krebserregende NATO-Treibstoff JP-8 – in den Boden versenkt, der mit einer Kiesschicht abgedeckt ist. Anschließend wird dieser Treibstoff angezündet und der Boden mit einer Schaumschicht belegt.

mit Kerosinbränden eingesetzt. Da diese Schadstoffe biologisch praktisch nicht abbaubar sind, können sie auch als Ewigkeitslasten in der Umwelt bezeichnet werden.

Der Militärapparat eines Truppenübungsplatzes verursacht Umweltbelastungen wie ein großer Industriekomplex. Auch Truppenübungsplätze und Schießanlagen sind mit Umweltgiften belastet. Truppenübungsplätze sind vor allem durch Benzin, Diesel, Öl und Reinigungsmittel verseucht. In geringem Umfang geht die Umweltgefährdung auch auf das Verschießen von Munition zurück. Zu Altlasten, die auf den Gebrauch von Munition zurückzuführen sind, gehören Cadmium aus Signalpatronen, Kupfer aus Gewehr- und Zink aus Nebelgranaten. Die Sanierung stillgelegter Truppenübungsplätze ist deshalb nur mit gewaltigen Kosten möglich.¹²

Als einer der größten Umweltverschmutzer der Welt gilt das US-Militär, mit rund 39 000 kontaminierten Standorten. In Deutschland gelten weit mehr als 100 militärische Alt-Standorte als kontaminiert mit PFC-Schadstoffen.

Das Beispiel Großmanöver

Mit regelmäßiger Truppenrotation von US-Streitkräften, Bundeswehreinheiten und Militärs anderer NATO-Länder nach Osteuropa (Atlantic Resolve) sowie Großmanövern wie Defender Europe 2020 werden die zivile Infrastruktur, sowie Umwelt und Klima zusätzlich enorm belastet.

Die Deutsche Bahn hat sich vertraglich verpflichtet, insgesamt 300 Flachwagen und Lokomotiven für Militärtransporte vorzuhalten. Militärtransporten soll gegenüber dem zivilen Personenverkehr Priorität eingeräumt werden. In der Konsequenz muss dadurch noch mehr ziviler Güterverkehr auf die Straße verlagert werden statt umgekehrt.

Die teilweise marode Straßen-Infrastruktur wird durch Militär-Konvois noch mehr belastet, insbesondere bei Brückenbauwerken. Zur Auflösung des hier vorhandenen Sanierungsstaus werden dann diejenigen Straßen und Brücken bevorzugt, die militärisch relevant sind.

Auch außerhalb des Übungsgebietes werden umfangreiche Flächen belegt, durch logistische Vorhaltungen von Geräten und (Übungs-)Munition sowie Aufmarschgebiete für Truppen und militärisches Gerät.



Panzerverladung von Straße auf Schiene. Panzer vom Panzerbataillon 393 aus Bad Frankenhausen am Bahnhof in Sondershausen.

Militärische Flächennutzung ist auch indirekte Umweltbelastung

Nach 1989 wurden schrittweise viele Flächen von Bundeswehr und US-Militär in Deutschland geräumt. Im stadtnahen Bereich konnten danach viele Grundstücke mit früheren Kasernen zu Wohn- und Gewerbegebieten entwickelt werden. Jedoch werden viele stillgelegte Liegenschaften von der Bundeswehr bzw. der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) als Eigentümerin nicht freigegeben, da im Zuge neuer Aufrüstung und gewünschter Reserveflächen wie bei dem Großmanöver Defender 2020 diese evtl. wieder reaktiviert werden. Viele Kommunen werden dadurch gezwungen, vorhandene Grünflächen an anderer Stelle für Wohn- und Gewerbegebiete zu erschließen und damit belastend für Umwelt und Klima neue Flächenversiegelungen vorzunehmen.

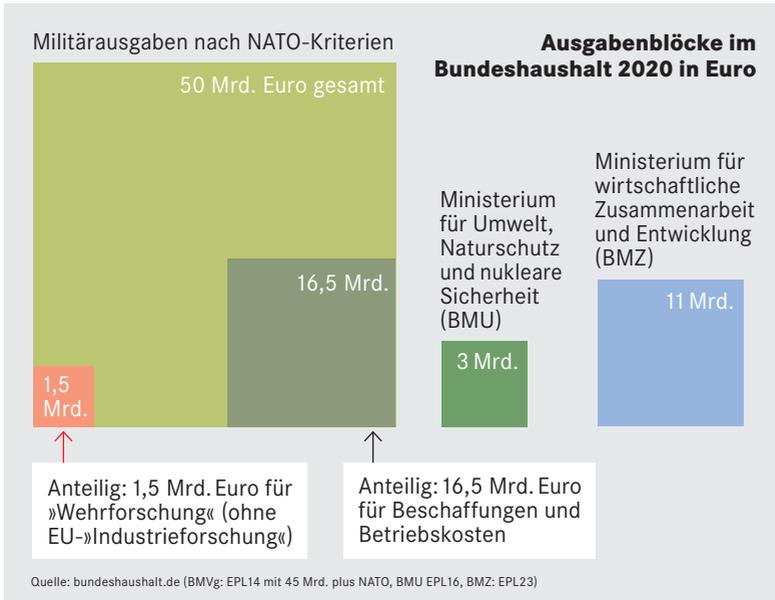
Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Antworten der Bundesregierung auf

Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

- Militärische Einrichtungen und Bewegungen in Ostdeutschland, BT-Drucksache 19/12485 vom 19. 8. 2019
- Treibstoffschnellablass ziviler und militärischer Luftfahrzeuge, BT-Drucksache 19/4489 vom 24. 9. 2018
- Gesundheitliche Gefährdungen durch hochgiftiges Hydrazin infolge des Absturzes eines US-Kampffjets in Oberfranken im August 2015, BT-Drucksache 18/7333 vom 22. 1. 2016
- Einbeziehung des ehemaligen britischen Militärstandortes Dülmen in das neue Abschreckungskonzept »European Reassurance Initiative«, BT-Drucksache 18/11216 vom 16. 2. 2017
- Toxische Wirkung der panzerbrechenden Munition der Bundeswehr, BT-Drucksache 18/6624 vom 10. 11. 2015
- Belästigungen im Zusammenhang mit NATO-Militärübungenm, BT-Drucksache 18/6612 vom 6. 11. 2015
- Polyfluorierte Chemikalien im Umfeld der Militärbasis der Vereinigten Staaten von Amerika in Ansbach-Katterbach, BT-Drucksache 18/4570 vom 9. 4. 2015
- Neustationierung sowie Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit im Raum des Militärflughafens Spangdahlem, BT-Drucksache 18/4336 vom 18. 3. 2015
- Belastung der Ökosysteme Nord- und Ostsee durch die Bundeswehr, BT-Drucksache 18/2963 vom 22. 10. 2014

7. Rüstungsausgaben verhindern die sozial-ökologische Wende



Allein für die »wehrtechnische Forschung« über den Bundeshaushalt werden jährlich als Langzeitplanung fast so viele Finanzmittel veranschlagt, wie dem Umweltministerium zur Verfügung steht, wenn man von dessen Gesamtetat mit 2,965 Millionen Euro die ca. 1,2 Milliarden Euro abzieht, die zur Behandlung radioaktiver Abfälle, Strahlenschutz und nukleare Sicherheit vorgesehen sind. Der Bundeshaushalt 2020 sieht im entsprechenden Einzelplan des Verteidigungsministeriums 45 Milliarden Euro vor, mit weiteren Haushaltstiteln sind nach NATO-Kriterien 50 Milliarden Euro festgelegt.

Der Rüstungshaushalt entzieht Ressourcen für Klimaschutz, eine sozial-ökologische Wende und globale Klimagerechtigkeit.

Global notwendig sind staatliche Ausgaben für mehr Gerechtigkeit, mehr Nachhaltigkeit, mehr Mitbestimmung und mehr Kooperation. Um dies erreichen zu können, dürfen die Profitinteressen der (Rüstungs-)Konzerne nicht länger handlungsleitend für die Politik sein. Es stehen genügend finanzielle Mittel für den dringend notwendigen sozial-ökologischen Umbau in Deutschland bereit, wenn sich die Bundesregierung von dem Ziel verabschiedet, künftig zwei Prozent des BIP völlig unnötig für den »Verteidigungshaushalt« auszugeben.

Aktivitäten und Forderungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Was ist zu tun?

Konsequent abrüsten statt aufrüsten: Mittel, die bereits für Aufrüstung verplant sind, umzuwidmen für Klimagerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Friedensförderung

Bundeswehr zügeln: Kriegseinsätze und Großmanöver einstellen

Eurofighter zu Windkraftwerken: Rüstungsexporte stoppen, Rüstungsproduktion in zivile Produktion umbauen

(aus dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Fraktion DIE LINKE)

Wir setzen uns im Deutschen Bundestag regelmäßig für einen Politikwechsel ein, um die Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Wir lehnen deshalb neue Rüstungsprojekte ebenso ab wie die Verlängerung von Mandaten für Bundeswehr-Auslandseinsätze.

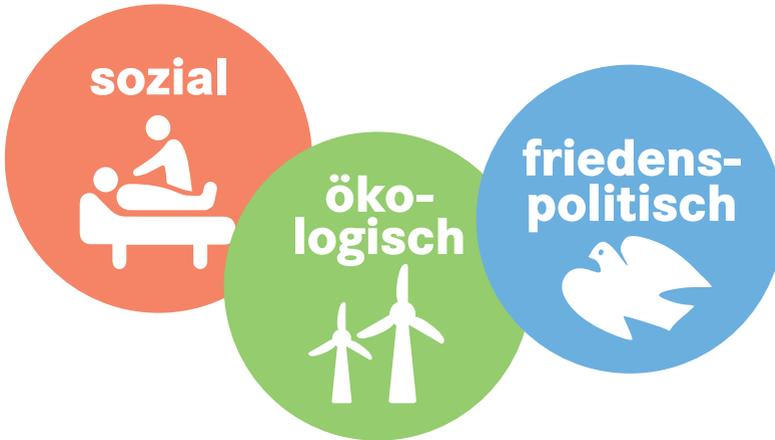
Frei werdende Rüstungsausgaben sollten insbesondere für die Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden, um eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des globalen Südens zu fördern. Denn durch den voran schreitenden Klimawandel und globale Umweltzerstörungen ergeben sich immer mehr regionale Konflikte, die nur durch zivile Konfliktbearbeitung statt durch Militarisierung gelöst werden können. Darüber hinaus müssen frei werdende Rüstungsausgaben auch zugunsten eines nationalen Zukunftsprogramms für die öffentliche Daseinsvorsorge und den sozial-ökologischen Umbau der Industrie eingesetzt werden.

Parlamentarische Initiativen sind z. B.:

■ Entschließungsantrag zum Bundeshaushalt 2020 betreffend Rüstungsausgaben, BT-Drucksache 19/15469 vom 25. 11. 2019



Fazit



Bei allen behandelten Einzelthemen zeigt sich: Friedenspolitik, der notwendige ökologische Umbau und globale (Klima-)Gerechtigkeit gehören eng zusammen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hat das ausführlich in ihrem am 28. Januar 2020 beschlossenen Aktionsplan Klimagerechtigkeit dargestellt.¹³

Es gibt keine militärischen Lösungen für die immer dramatischer werdenden Umwelt- und Klimaprobleme. Vielmehr trägt das Militär selbst wesentlich zu diesen Belastungen bei und ist durch die globale Militarisierung der kapitalistischen Ausbeutung auch indirekt Hauptverursacher des Klimawandels.

Für Klimawandel und weltweite Konflikte trägt die deutsche Politik eine wesentliche Mitverantwortung, da die weitere Aufrüstung und Militarisierung der Außenpolitik im Bundeshaushalt finanzielle Mittel bindet, die dringend notwendig wären für eine zukunftsfähige Entwicklung Deutschlands und die Überwindung der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft.

In diesem Sinne ist auch ein Zusammenwachsen verschiedener zivilgesellschaftlicher Bewegungen erforderlich, damit soziale, ökologische und friedenspolitische Notwendigkeiten gemeinsam erkämpft werden.

Anhang: Grundbegriffe und Definitionen



Nachhaltigkeit

In dem 1987 vorgelegten Bericht der sogenannten Brundtland-Kommission, auch Weltkommission für Umwelt und Entwicklung genannt, wurde der Nachhaltigkeitsbegriff als zentrales Element aufgenommen und wie folgt definiert:

»Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig: der Begriff Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt sollen Priorität haben; der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.«¹⁴

Auf dieser Basis wurde auf dem Weltgipfel 1992 beschlossen, nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, was als Aktionsprogramm unter dem Begriff Agenda 21 auf den Weg gebracht wurde. Als Nachfolge gelten die Sustainable Development Goals (SDG) von 2016 bis 2030 bzw. die Agenda 2030.

Die 2015 von der UNO verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (SDGs) umfassen 17 Oberziele, die durch 169 Unterziele erläutert und konkretisiert werden.¹⁵

Auf dieser Basis wurde Ende 2015 eine »Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie« durch die Bundesregierung verabschiedet.¹⁶

Ökologischer Fußabdruck

Der häufig verwendete Begriff des ökologischen Fußabdruckes als Nachhaltigkeits-Maßstab wurde vom Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung wie folgt definiert: *»Maß für Inanspruchnahme von produktivem Land und Wasser, das für die Produktion der Güter und Leistungen bzw. für die Entsorgung der Abfälle (inkl. CO₂) benötigt wird. (globaler Hektar)/ funktionelle Einheit«*¹⁷

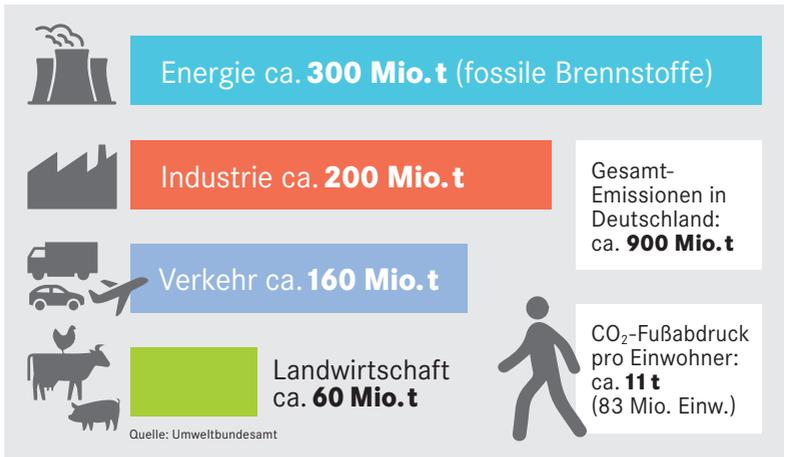
Leider ist diese Definition nicht so einfach, weshalb überwiegend auch vereinfachende Begriffe verwendet werden. Ähnlich gelagert ist der ökologische Rucksack (engl.: Material Footprint), der in Verbindung mit nachhaltigem Konsum herangezogen wird. Häufiger verwendet wird der CO₂-Fußabdruck, der zwar per Definition die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes beinhaltet, in der Praxis aber wesentlich selektiver und manchmal irreführend ist. Beim Militär spricht man oftmals zu Recht nicht von »Carbon Footprint« sondern »Carbon Bootprint«.



US Transporter Galaxy C-5, die bis 2004 im Einsatz war.

Was ist eine Tonne CO₂?

Wenn von CO₂-Emissionen gesprochen wird, ist damit i. d. R. CO₂-Äquivalent gemeint. Das heißt: Die Treibhauswirkung anderer Gase wie z. B. Methan wird auf CO₂ umgerechnet. Insbesondere bei Militärflugzeugen ist die gesamte Treibhausgaswirkung bei großen Flughöhen etwa um den Faktor 3 (!) größer.



Um die Größenordnung zu verstehen, die mit Angaben zum CO₂-Ausstoß verbunden sind, können folgende Kennzahlen herangezogen werden:

Das Umweltbundesamt (UBA) hat ermittelt, dass eine Tonne CO₂ zu Umweltschäden in Höhe von **180 Euro** führt.¹⁸ Dieses beinhaltet gesellschaftliche Kosten durch umweltbedingte Gesundheits- und Materialschäden, Ernteauffälle oder Schäden an Ökosystemen. Damit ergibt sich, dass mit den gesamten Treibhausgas-Emissionen von ca. **900 Millionen Tonnen** CO₂-Äquivalent, die jährlich in Deutschland entstehen, Umwelt-(Folge-)kosten von **162 Milliarden Euro** anfallen.

Quellenverweise und weitere Infos



Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt

Als PDF abrufbar auf der Homepage der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE als Bestandteil der umfangreichen Schriftenreihe »Beiträge zur Umweltpolitik«.

Umfang: 143 Seiten. Quelle: www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik



Buchveröffentlichung: Die Öko-Katastrophe

Den Planeten zu retten, heißt die herrschenden Eliten zu stürzen. Herausgeber: Jens Wernicke und Dirk Pohlmann, Sammelband mit 28 Autor/-Innen, u. a. mit mehreren Beiträgen zur Thematik Umwelt und Militär als Taschenbuch (ISBN 978-396789-000-6) oder E-Book verfügbar, 1. Auflage November 2019

Informationsdienst Umwelt und Militär mit einer umfangreichen Zusammenstellung von Materialien und aktuellen Beiträgen aus deutschen und internationalen Online-Medien. www.umwelt-militaer.info

Informationsstelle Militarisation e.V. mit der Sonderseite Klima, Umwelt & Krieg. www.imi-online.de/2020/01/20/klima-umwelt-krieg

Endnoten

- [1] zum »Nuklearen Winter« siehe www.atomaffena-z.info/wissen/atombombe/klimaveraenderungen
- [2] www.infosperber.ch/Artikel/Umwelt/Das-Atomgrab-der-USA-bricht-auf--Ozean-in-Gefahr
- [3] Alle in der Broschüre genannten Bundestags-Drucksachen sind digital abrufbar auf <http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt> Einfacher ist zumeist der Aufruf über Internet-Suchmaschinen, z. B. mit »BT-Drucksache nn/nnnnn«
- [4] Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (WBGU): Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Heidelberg 2008
- [5] Weißbuch 2016, Quelle: www.bmvg.de/de/themen/weissbuch
- [6] Umweltbundesamt: Nationales Inventarregister 2019, S. 424
- [7] Siehe IMI-Studie Nr. 7/2019: Das US-Militär: Auf Kriegsfuß mit dem Klima
- [8] Siehe dazu z. B. www.imi-online.de/2019/10/18/beschleunigte-ruestungsgrossprojekte
- [9] Siehe IMI-Studie Nr. 8/2019: »Nachhaltige Bundeswehr?« www.imi-online.de/2019/11/20/nachhaltige-bundeswehr
- [10] Vergleichsdaten aus Kanada: Climate Change Symposium, Februar 2018, Workshop »The Green Military« – Department of National Defence
- [11] Siehe dazu: http://umwelt-militaer.info/userfiles/downloads/2019/2019-11_GP_Moorbrand.pdf
- [12] Detaillierte Auflistung siehe Götz Brandt: Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt, www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik
- [13] Aktionsplan Klimagerechtigkeit als PDF abrufbar unter www.linksfraktion.de/publikationen/broschuere
- [14] Brundlandt-Bericht 1987. Der offizielle Titel lautet: »Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.«
- [15] Eine Zusammenstellung der SDG findet sich z. B. bei Wikipedia unter »Ziele für nachhaltige Entwicklung«
- [16] www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/eine-strategie-begleitet-uns
- [17] Umweltgutachten 2012 des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) bei der Bundesregierung
- [18] Umweltbundesamt: Methodenkonventionen 3.0 zur Ermittlung von Umweltkosten, Stand 02/2019 www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-02-11_methodenkonvention-3-0_kostensaetze_korr.pdf

